



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
-im Hause-

Dr. Mathias Middelberg, MdB
Stellvertretender Vorsitzender
Haushalt, Finanzen und
Kommunalpolitik

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 227-71382

Berlin, 15. November 2022

Bundshaushalt 2023: Deutschland kann mehr – sicher durch und gestärkt aus der Krise

Christian Haase, MdB
Vorsitzender der
Arbeitsgruppe Haushalt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 227-73840

am 10. November 2022 haben wir im Haushaltsausschuss den Entwurf des
Bundshaushalts 2023 in der sog. Bereinigungssitzung abschließend beraten.
Die wichtigsten Ergebnisse sind in der beigefügten **Anlage** zusammengefasst.

Bundesfinanzminister Lindner feiert sich dafür, dass er die Schuldenbremse
mit dem Haushalt 2023 nach drei Jahren wieder einhalte. Tatsächlich ist das
nur scheinbar der Fall. Denn der Finanzminister ist seit seinem Amtsantritt
damit beschäftigt, die Schuldenbremse auf allen denkbaren Wegen zu
umgehen. Er hat in diesem Jahr Gelder in dreistelliger Milliardenhöhe in
Sondervermögen geparkt, die er aber ausdrücklich erst im Jahr 2023 und in
den Folgejahren ausgeben will. Damit verstößt er gegen das
Jährlichkeitsprinzip des Haushaltsrechts. Die Schulden werden auf das
Haushaltsjahr 2022 angerechnet, obwohl die Ausgaben erst später erfolgen.

Auch der Bundesrechnungshof (Bericht zur Finanzierung des
Wirtschaftsstabilisierungsfonds vom 18. Oktober 2022) findet dieses
Vorgehen „in *mehrfacher Hinsicht problematisch*“:

- „• Die *Etatisierung der Mittel in einem Sondervermögen verstärkt die bereits bestehende Intransparenz des Bundshaushaltsplans weiter.*
- Die *vorgesehene Kreditaufnahme ‚auf Vorrat‘ verstößt gegen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Jährlichkeit.*“

Wenn man im Hintergrund riesige Schuldenberge in Schattenhaushalten
anlegt, ist es keine große Leistung, die ausgehöhlte Schuldenbremse formal
wieder einzuhalten. Hiergegen klagen wir in Karlsruhe.

Deutschland ist durch einen Krisenmix stark herausgefordert. Corona, Russlands Krieg gegen die Ukraine, Gasknappheit, Inflation – eine Krise folgt auf die nächste. Wir brauchen schnelle und wirksame Hilfen, statt leere Versprechungen. Wir brauchen engagiertes Handeln, statt bloßer Worte und geduldigem Papier. Gerade jetzt kommt es entscheidend darauf an, die Weichen in der Haushalts-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik richtig zu stellen. Wir als Union haben mit unseren gut 370 Anträgen aufgezeigt: Deutschland kann mehr – auch unter Einhaltung der Schuldenbremse. Jetzt ist die Zeit zu handeln!

Im Einzelnen:

Ausgabendisziplin wahren – Prioritäten setzen – Schulden begrenzen

Solide Haushaltspolitik ist eine Frage der Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und von Ausgabendisziplin. Wenn jeder private Haushalt in der Krise sparen und priorisieren muss, dann muss das auch für den Staat gelten. Der Haushaltsvollzug zeigt zudem, dass die Ministerien größtenteils mehr Geld erhalten als sie ausgeben können. Wir haben daher Projekte unter Krisengesichtspunkten neu bewertet, Gelder gestrichen oder zugunsten anderer Maßnahmen umgeschichtet. Neue Ansprüche gegen den Staat können wir uns aktuell nicht leisten.

Insgesamt konnten wir gut **19 Milliarden Euro an Einsparvolumen** u.a. aus dem Abbau von Ausgaberesten im Bundeshaushalt, der vollständigen Auflösung der allgemeinen Rücklage, durch Umpriorisierungen von Fördermitteln etwa im Klima- und Transformationsfonds und über Privatisierungserlöse generieren. Damit greifen wir auch Empfehlungen des Bundesrechnungshofes auf. Hinzu kommt die Rückabwicklung der verfassungsrechtlich fragwürdig mit dem 2. Nachtragshaushalt 2021 in den Klima- und Transformationsfonds transferierten **60 Milliarden Euro**.

Wir haben mit unseren Anträgen aufgezeigt, dass die von der Koalition **geplante Neuverschuldung in Höhe von 45,6 Milliarden Euro komplett auf Null abgesenkt** werden kann. Dies ist eine Frage von verantwortungsvollem Handeln und richtiger Prioritätensetzung angesichts von rund 500 Milliarden Euro neuen Schulden innerhalb eines Jahres. Mit der Reduzierung der Neuverschuldung sorgen wir für weniger Zins- und Tilgungslasten in der Zukunft und schaffen damit finanzielle Spielräume für nachkommende Generationen. Der Staat kann nicht dauerhaft jede finanzielle Einschränkung ausgleichen, ohne die Zukunft der nachfolgenden Generationen zu gefährden.

Wir reduzieren mit unserem Plan aber nicht nur die Schulden, sondern reinvestieren einen Teil des Einsparvolumens, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, indem wir die Unternehmen entlasten und Arbeitsplätze sichern, tun etwas für die innere und äußere Sicherheit unseres Landes, helfen den Pendlern und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Angebotsorientiertes Wachstumspaket für einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland und sichere Arbeitsplätze

Der starke Sozialstaat, unsere Rolle in Europa und unser Wohlstand sind nur möglich, wenn die Wirtschaft erfolgreich ist. Es ist entscheidend, den deutschen Wirtschaftsstandort zu stärken und seine Attraktivität für Unternehmen zu erhalten. Ideale Voraussetzungen für erfolgreiche Geschäfte sichern nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch den Wohlstand unseres ganzen Landes. Zentrale Maßnahmen sind die Entlastung von Steuern und der spürbare Abbau von Bürokratie.

Wir haben daher ein angebotsorientiertes Wachstumspaket präsentiert, mit dem Deutschland sicher durch und vor allem gestärkt aus der Krise kommen kann. Aus diesem Grund wollen wir die Gesamtbelastung der Unternehmen auf 25% begrenzen und hierzu u.a. die Körperschaftsteuer um 5 Prozentpunkte auf 10 Prozent senken. Dies würde die Unternehmen mit 15 Milliarden Euro jährlich entlasten. Ziel ist ein schnelles Herauswachsen aus der Rezession bei einer verbesserten Wettbewerbssituation im internationalen Vergleich. Es gilt bereits jetzt einer schleichenden, aber spürbaren Deindustrialisierung entgegenzuwirken und Arbeitsplätze zu sichern.

Energiekrise entgegenwirken –mit dem Klima- und Innovationsfonds neue Wege beschreiten – Rohstoffe sichern

Zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes brauchen wir auch leistungsfähige Infrastrukturen und wettbewerbsfähige Energiepreise, das Know-how und den Mut zum Beschreiten neuer technologischer Wege. Gerade für den Ausbau des Energieangebots ist das unabdingbar.

Wir haben daher im Klima- und Transformationsfonds u.a. Anträge zur Stärkung der Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechnologien sowie zur Weiternutzung stillgelegter Gasförderfelder durch Geothermie eingebracht. Gleichzeitig unterstützen wir KMU und Handwerksbetriebe bei der Umsetzung energieeffizienter Maßnahmen sowie dem Wechsel von Energieträgern mit 500 Millionen Euro. Zudem wollen wir in den Ausbau der Landstromversorgung investieren und die Förderung der Überdachung von

Parkplatzflächen mit Photovoltaikanlagen einführen. Mit ca. 160 Millionen Stellplätzen steckt darin ein riesiges Potenzial, gleichzeitig kann der Ausbau der E-Ladesäuleninfrastruktur unterstützt werden (**insgesamt mehr als 1 Milliarde Euro**).

Der Ukraine-Krieg, die Energiewende und die Digitalisierung steigern die Nachfrage nach Rohstoffen drastisch. Umso wichtiger ist die Rohstoffsicherung für unsere heimischen Unternehmen. Wir wollen daher in die Ertüchtigung der internationalen Energiezusammenarbeit, den Aufbau von Rohstoffpartnerschaften sowie die Technologiezusammenarbeit weiter investieren (**insgesamt rund 102 Millionen Euro**).

Fachkräfte dürfen keine Mangelware sein – Berufliche Bildung stärken und zum Fachkräfte-Booster machen

Inzwischen leidet fast jede Branche in Deutschland unter Fach- und Arbeitskräftemangel. Diesem Trend wollen wir aktiv mit unserem angebotsseitigen Wachstumspaket entgegenwirken und setzen auf multiple Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung (**insgesamt 421 Millionen Euro**).

Neben Bürokratieabbau, attraktiveren Beschäftigungsmöglichkeiten von Rentnern und Pensionären, flexibleren Arbeitszeitmodellen und einer Stärkung der Vermittlungsangebote für Auszubildende gibt es viele, leicht umsetzbare Möglichkeiten, die wir in unserem Vorschlag mit **zusätzlichen 221 Millionen Euro** umsetzen wollen. Mit einer besseren Berufsorientierung und Investitionen in die betrieblichen Ausbildungsstätten zeigen wir auf, dass nicht nur ein Studium zum beruflichen Erfolg führt. Wir wollen eine Werbeoffensive für Handwerksberufe auflegen und das Handwerk wieder zu einer Zukunftsbranche mit Tradition aufwerten. Made in Germany braucht eine Perspektive - gerade die jungen Menschen müssen wir dabei aktiv ansprechen. Mit einem Girls Day speziell für Handwerksberufe wollen wir auch beim weiblichen Nachwuchs die Begeisterung für das Schaffen mit den eigenen Händen wecken. Auch den Einstieg von Frauen in MINT-Berufe wollen wir finanziell unterstützen.

Barrierefreiheit muss auch bei der Fachkräftegewinnung mitgedacht werden. Gerade im Bereich der beruflichen Bildung verbessert die digitale Barrierefreiheit die Chancen erheblich. Wir haben daher **zusätzlich 200 Millionen Euro** allein im Jahr 2023 für einen inklusiven Digitalpakt für berufliche Bildung gefordert, um auch Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, mit einem Mehr an Wissen und Können im Job durchzustarten.

Für ein sicheres Deutschland – Ausrüstungsoffensive für Bundeswehr sowie Zivil- und Katastrophenschutz starten

Der aktuelle Krisenmix zeigt, Sicherheit hat ihren Preis. Gerade die Flutkatastrophe an der Ahr hat uns vor Augen geführt, dass Naturgewalten unberechenbar sind und wir unsere Widerstandsfähigkeit stärken müssen. Der Zivil- und Katastrophenschutz braucht modernes Gerät und Ausrüstung, um im Notfall den Bürgerinnen und Bürgern schnell zur Seite stehen zu können. Gleiches gilt für die Bundespolizei, deren Ausrüstungslage alarmierend ist. Gerade in unruhigen Zeiten wie diesen, ist der Schutz unserer Grenzen unabdingbar. Gleichzeitig muss das Handeln der Einsatzkräfte im Ernstfall vorab immer wieder trainiert werden. Das erfordert auch mehr Gelder für einen planbaren Betrieb und die beste Ausbildung (**insgesamt mehr als 580 Millionen Euro**).

Es gibt aber auch im Ausland neue Realitäten, denen wir uns stellen müssen. Allein 100 Milliarden Euro zur Verbesserung der Ausrüstung der Bundeswehr bereitzustellen, reicht nicht. Jetzt müssen Taten folgen und gerade die großen Rüstungsprojekte in die Umsetzung gehen, die entscheidend für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sind.

Wir haben mit verschiedenen Anträgen aufgezeigt, welche Vorhaben prioritär starten müssen. Im **Sondervermögen Bundeswehr** ziehen wir Maßnahmen in einem Umfang von **mehr als 12 Milliarden Euro** in das Jahr 2023 vor. Daneben fordern wir im Einzelplan 14 **rund 4 Milliarden Euro zusätzlich**, um investive Spielräume zu erhalten. Ohne diesen Aufwuchs würden kleinere, aber nicht minder bedeutsame Projekte für die Truppe in den nächsten Jahren durch steigende Betriebsausgaben ausgebremst. Die alleinige Verstetigung des Verteidigungshaushalts wird Mangellagen nicht verbessern und die Motivation der Truppe nachhaltig schädigen.

Die Aufstockung um **insgesamt gut 16 Milliarden Euro** unterstützt die Einhaltung unserer internationalen Einsatz- und Bündnisverpflichtungen und die Erreichung des 2 Prozent-Ziels der NATO. Wir nehmen den Bundeskanzler beim Wort. Verteidigungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen, denn es geht um den Fortbestand unserer Gesellschaft in Frieden und Freiheit.

Heimische Landwirtschaft für Herausforderungen der Zeit ertüchtigen

Die Inflation und die Energiekrise machen unserer Landwirtschaft schwer zu schaffen. Wenn die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln jederzeit gewährleistet sein soll, darf nicht bei der Entwicklung des ländlichen Raums oder bei Notfallreserven an Getreide gespart werden. Gerade in der aktuellen

Krise ist es wichtiger denn je, dass wir an der Seite unserer Landwirte stehen. Die Union entlastet die Landwirte mit **rund 282 Millionen Euro**. Darin enthalten sind auch Fördermittel zur ländlichen Entwicklung sowie zur Stabilisierung der Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Ländlichen Raum stärken – digitale Infrastruktur und Schienennetz ausbauen, Pendler entlasten

Die Ampel regiert gegen den ländlichen Raum und hält ihre Projekte auf urbanem Kurs. Die Stärke des Wirtschaftsstandortes Deutschland kommt aber nicht nur aus den städtischen Ballungsräumen. Gerade im ländlichen Bereich gibt es viele Handwerksbetriebe und KMU, die bislang von den normalen Logistikwegen abgekoppelt sind. Wir als Union fordern, ein kluges Zusammenwachsen von Stadt und Land. Für einen starken ländlichen Raum benötigen wir mehr Investitionen in den Ausbau eines zukunftsfesten Schienennetzes und den Breitbandausbau. Auch wollen wir mit der Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 1. Kilometer den ländlichen Raum attraktiver machen (**insgesamt mehr als 1 Milliarde Euro**).

Familienpolitik neu denken – Prioritäten für Jung und Alt richtig setzen – Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Familienpolitik ist mehr als die Auszahlung von Kindergeld. Entscheidend ist, wie der Bund die Gelder zur Stärkung der Familien einsetzt. Wir als Union wollen die Chancen für die Kinder in unserem Land verbessern, denn sie sind unsere Zukunft. Gleichzeitig wollen wir die Eltern entlasten. Wir fordern daher eine verlässliche Anschlussfinanzierung des Bundesprogramms Sprach-Kitas. Daneben stellen wir mehr Gelder für die Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne der Unabhängigen Beauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch bereit. Frühkindliche Bildung und Kinderschutz haben für uns Priorität. Auch in die Mehrgenerationenhäuser wollen wir investieren (**insgesamt rund 109 Millionen Euro**).

Weiterhin wollen wir im Bereich des Sports investieren. Der Ausbau von Sportstätten und der Ausbau von Trainingsprogrammen für Jung und Alt leisten einen wesentlichen Beitrag, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt gerade in diesen Krisenzeiten zu stärken.

Herzliche Grüße


Dr. Mathias Middelberg


Christian Haase

Haushalt 2023

Ergebnis der Beratung
im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Gesamtübersicht

| | Mio. € |
|---|---------|
| I. Ausgaben | |
| Entwurf | 445.221 |
| Steigerung (in Prozent gegenüber Soll 2022) | -10,2 |
| Veränderung | +31.069 |
| Ausgaben neu | 476.291 |
| Steigerung (in Prozent gegenüber Soll 2022) | -3,9 |
| Investitionen | |
| • Entwurf | 58.377 |
| • Veränderung | +13.098 |
| Investitionen neu | 71.475 |
| II. Einnahmen | |
| 1. Steuereinnahmen | |
| • Entwurf | 362.274 |
| • Veränderung | -4.148 |
| Steuereinnahmen neu | 358.126 |
| 2. Sonstige Einnahmen | |
| • Entwurf | 65.699 |
| • Veränderung | +6.855 |
| Sonstige Einnahmen neu | 72.554 |
| 3. Nettokreditaufnahme | |
| • Entwurf | 17.248 |
| • Veränderung | +28.362 |
| Nettokreditaufnahme neu | 45.610 |
| 4. Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme | |
| • Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme | 12.606 |
| • Abzüglich Konjunkturkomponente | -15.343 |
| • Abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen | -17.667 |
| • Maximal zulässige Nettokreditaufnahme | 45.616 |

Differenzen durch Rundung möglich

Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Haushaltsentwurfs 2023
im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Einnahmen

| Einzelplan Ressort | Regierungs- entwurf | Ergebnis Haushaltsausschuss | | | Neuer Ansatz |
|--|------------------------|-----------------------------|---------------------|------------------------------------|--------------------|
| | | Erhö- hungen | Herab- setzungen | Mehr (+) Weniger (-) (Saldo) | |
| in Tausend € | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt | 103 | - | - | - | 103 |
| 02 Deutscher Bundestag | 1.920 | - | - | - | 1.920 |
| 03 Bundesrat | 51 | - | - | - | 51 |
| 04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | 166.502 | - | - | - | 166.502 |
| 05 Auswärtiges Amt | 162.489 | 30 | - | +30 | 162.519 |
| 06 Bundesministerium des Innern und für Heimat | 641.745 | - | - | - | 641.745 |
| 07 Bundesministerium der Justiz | 640.277 | - | - | - | 640.277 |
| 08 Bundesministerium der Finanzen | 521.198 | - | - | - | 521.198 |
| 09 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz | 685.531 | - | - | - | 685.531 |
| 10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft | 82.174 | - | - | - | 82.174 |
| 11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales | 2.792.725 | 23.000 | - | +23.000 | 2.815.725 |
| 12 Bundesministerium für Digitales und Verkehr | 8.646.403 | - | - | - | 8.646.403 |
| 14 Bundesministerium der Verteidigung | 30.997 | - | - | - | 30.997 |
| 15 Bundesministerium für Gesundheit | 104.169 | - | - | - | 104.169 |
| 16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz | 894.179 | - | - | - | 894.179 |
| 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 220.048 | - | - | - | 220.048 |
| 19 Bundesverfassungsgericht | 40 | - | - | - | 40 |
| 20 Bundesrechnungshof | 360 | - | - | - | 360 |
| 21 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit | 85 | - | - | - | 85 |
| 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 749.110 | - | - | - | 749.110 |
| 25 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen | 245.354 | 14 | - | +14 | 245.368 |
| 30 Bundesministerium für Bildung und Forschung | 41.251 | - | - | - | 41.251 |
| 32 Bundesschuld | 18.734.771 | 29.202.434 | - | +29.202.434 | 47.937.205 |
| 60 Allgemeine Finanzverwaltung | 409.859.803 | 25.428.000 | 23.584.000 | +1.844.000 | 411.703.803 |
| Summe | 445.221.285 | 54.653.478 | 23.584.000 | +31.069.478 | 476.290.763 |

Im Epl. 32 (Spalte 6) Nettokreditaufnahme = 45.610.279

Im Epl. 60 (Spalte 5) Steuermindereinnahmen = 4.148.000

Im Epl. 60 (Spalte 6) Münzeinnahmen = 248.000

Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Haushaltsentwurfs 2023
im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Ausgaben

| Einzelplan Ressort | Regierungs- entwurf | Ergebnis Haushaltsausschuss | | | Neuer Ansatz |
|--|------------------------|-----------------------------|---------------------|------------------------------------|--------------------|
| | | Erhö- hungen | Herab- setzungen | Mehr (+) Weniger (-) (Saldo) | |
| in Tausend € | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt | 44.981 | - | - | - | 44.981 |
| 02 Deutscher Bundestag | 1.107.723 | 44.753 | 11.858 | +32.895 | 1.140.618 |
| 03 Bundesrat | 39.676 | - | - | - | 39.676 |
| 04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | 3.668.223 | 240.145 | 12.695 | +227.450 | 3.895.673 |
| 05 Auswärtiges Amt | 6.397.431 | 1.081.220 | 2.854 | +1.078.366 | 7.475.797 |
| 06 Bundesministerium des Innern und für Heimat | 12.761.722 | 578.881 | 248.544 | +330.337 | 13.092.059 |
| 07 Bundesministerium der Justiz | 953.417 | 59.319 | 6.642 | +52.677 | 1.006.094 |
| 08 Bundesministerium der Finanzen | 9.508.622 | 165.681 | 4.800 | +160.881 | 9.669.503 |
| 09 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz | 13.050.889 | 1.692.953 | 176.128 | +1.516.825 | 14.567.714 |
| 10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft | 7.175.723 | 243.965 | 170.049 | +73.916 | 7.249.639 |
| 11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales | 163.330.501 | 3.691.492 | 792.600 | +2.898.892 | 166.229.393 |
| 12 Bundesministerium für Digitales und Verkehr | 35.041.000 | 577.110 | 38.695 | +538.415 | 35.579.415 |
| 14 Bundesministerium der Verteidigung | 50.104.875 | 543.306 | 530.736 | +12.570 | 50.117.445 |
| 15 Bundesministerium für Gesundheit | 22.062.281 | 2.436.171 | 14.960 | +2.421.211 | 24.483.492 |
| 16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz | 2.436.370 | 27.206 | 13.882 | +13.324 | 2.449.694 |
| 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 12.880.547 | 717.306 | 28.597 | +688.709 | 13.569.256 |
| 19 Bundesverfassungsgericht | 40.465 | - | - | - | 40.465 |
| 20 Bundesrechnungshof | 186.956 | - | - | - | 186.956 |
| 21 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit | 45.699 | - | - | - | 45.699 |
| 22 Unabhängiger Kontrollrat | 13.488 | 5.350 | 2.450 | +2.900 | 16.388 |
| 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 11.080.000 | 1.088.710 | 11.873 | +1.076.837 | 12.156.837 |
| 25 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen | 5.010.038 | 2.342.408 | 18.106 | +2.324.302 | 7.334.340 |
| 30 Bundesministerium für Bildung und Forschung | 20.571.598 | 964.001 | 72.850 | +891.151 | 21.462.749 |
| 32 Bundesschuld | 31.885.867 | 10.293.120 | - | +10.293.120 | 42.178.987 |
| 60 Allgemeine Finanzverwaltung | 35.823.193 | 15.954.429 | 9.519.729 | +6.434.700 | 42.257.893 |
| Summe | 445.221.285 | 42.747.526 | 11.678.048 | +31.069.478 | 476.290.763 |

Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Haushaltsentwurfs 2023
im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Verpflichtungsermächtigungen

| Einzelplan Ressort | Regierungs- entwurf | Ergebnis Haushaltsausschuss | | | Neuer Ansatz |
|---|------------------------|-----------------------------|---------------------|------------------------------------|--------------------|
| | | Erhö- hungen | Herab- setzungen | Mehr (+) Weniger (-) (Saldo) | |
| in Tausend € | | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 02 Deutscher Bundestag | 19.004 | - | - | - | 19.004 |
| 04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | 782.283 | 596.699 | - | +596.699 | 1.378.982 |
| 05 Auswärtiges Amt | 2.111.837 | 57.291 | 3.814 | +53.477 | 2.165.314 |
| 06 Bundesministerium des Innern und für Heimat | 3.596.704 | 118.501 | 39.611 | +78.890 | 3.675.594 |
| 07 Bundesministerium der Justiz | 1.505 | 178.984 | - | +178.984 | 180.489 |
| 08 Bundesministerium der Finanzen | 2.230.903 | 1.680.600 | - | +1.680.600 | 3.911.503 |
| 09 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz | 9.723.896 | 5.568.964 | 118.314 | +5.450.650 | 15.174.546 |
| 10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft | 2.973.416 | 564.794 | 733.631 | -168.837 | 2.804.579 |
| 11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales | 7.202.473 | 179.982 | 2.305 | +177.677 | 7.380.150 |
| 12 Bundesministerium für Digitales und Verkehr | 24.909.784 | 1.212.000 | 42.000 | +1.170.000 | 26.079.784 |
| 14 Bundesministerium der Verteidigung | 21.267.030 | 1.824.088 | 1.248.540 | +575.548 | 21.842.578 |
| 15 Bundesministerium für Gesundheit | 1.050.932 | 50.030 | 1.700 | +48.330 | 1.099.262 |
| 16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz | 2.417.267 | 60.940 | 3.000 | +57.940 | 2.475.207 |
| 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 802.562 | 282.590 | - | +282.590 | 1.085.152 |
| 20 Bundesrechnungshof | 625 | - | - | - | 625 |
| 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 10.792.003 | 137.365 | - | +137.365 | 10.929.368 |
| 25 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen | 3.005.611 | 378.991 | - | +378.991 | 3.384.602 |
| 30 Bundesministerium für Bildung und Forschung | 6.325.580 | 165.976 | 41.776 | +124.200 | 6.449.780 |
| 60 Allgemeine Finanzverwaltung | 1.619.900 | 14.937.931 | - | +14.937.931 | 16.557.831 |
| Summe | 100.833.315 | 27.995.726 | 2.234.691 | +25.761.035 | 126.594.350 |

Erläuterungen der wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Regierungsentwurf 2023
 - Beträge in Mio. € -

Einnahmen

| (Veränderung von mehr als 50 Mio. €) | | Veränderung |
|--------------------------------------|---|----------------|
| Titel | Zweckbestimmung | Einnahmen |
| Epl. 11 | | |
| | Sonstiges Epl. 11 | +23 |
| Summe | | +23 |
| | | |
| Epl. 32 | | |
| 32 01 32511 | Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt | +28.362 |
| 32 05 16212 | Zinseinnahmen aus dem Kassenmanagement des Bundes | +600 |
| 32 08 11102 | Entgelte und sonstige Einnahmen aus Gewährleistungsmaßnahmen aus dem Inland | +240 |
| | Sonstiges Epl. 32 | +0 |
| Summe | | +29.202 |

| (Veränderung von mehr als 50 Mio. €) | | Veränderung |
|--------------------------------------|---|---------------|
| Titel | Zweckbestimmung | Einnahmen |
| Epl. 60 | | |
| 60 01 01101 | Lohnsteuer | +2.635 |
| 60 01 01201 | Veranlagte Einkommensteuer | +2.104 |
| 60 01 01301 | Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne das in Tit. 018 03 erfasste Aufkommen) | +350 |
| 60 01 01401 | Körperschaftsteuer | +750 |
| 60 01 01501 | Umsatzsteuer | -6.560 |
| 60 01 01601 | Einfuhrumsatzsteuer | +3.391 |
| 60 01 01602 | Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern | -322 |
| 60 01 01701 | Gewerbesteuerumlage | +214 |
| 60 01 01803 | Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge | -638 |
| 60 01 02101 | Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU | -200 |
| 60 01 02202 | BNE-Eigenmittel der EU | +2.400 |
| 60 01 03102 | Energiesteuer (aus dem Verbrauch von anderen Heizstoffen als von Erdgas) | -58 |
| 60 01 03103 | Energiesteuer (sonstiges Aufkommen, ohne das in den Titeln 031 02 und 031 04 erfasste Aufkommen) | -605 |
| 60 01 03104 | Energiesteuer (aus dem Verbrauch von Erdgas) | -172 |
| 60 01 03105 | Zuweisungen an die Länder - Regionalisierungsmittel | +500 |
| 60 01 03202 | Tabaksteuer | -170 |
| 60 01 03602 | Versicherungsteuer | +120 |
| 60 01 03703 | Stromsteuer | -100 |
| 60 01 03801 | Kfz-Steuer | -60 |
| 60 01 04401 | Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer | +350 |
| 60 01 04402 | Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer | +510 |
| 60 01 04404 | Solidaritätszuschlag zur Körperschaftsteuer | +80 |
| 60 01 04406 | Solidaritätszuschlag zur Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge | -80 |
| 60 01 01112 | Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 2022 | +2.014 |
| 60 01 01211 | Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Viertes Corona-Steuerhilfegesetz) | +1.215 |
| 60 01 01213 | Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2022 | -1.420 |
| 60 01 01214 | Entwurf eines Gesetzes zum Ausgleich der Inflation durch einen fairen Einkommensteuertarif sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen | -8.134 |
| 60 01 01413 | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung | +181 |
| 60 01 01513 | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz) | -1.993 |
| 60 01 03114 | Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes | -500 |
| 60 02 12104 | Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank | -2.500 |
| 60 02 26601 | Erhebungskostenpauschale | +188 |
| 60 02 27202 | Einnahmen aus Zuschüssen der Recovery and Resilience Facility (RRF) der Europäischen Union | +4.105 |
| 60 02 37203 | Globale Mindereinnahme | +4.193 |
| | Sonstiges Epl. 60 | +56 |
| Summe | | +1.844 |

Erläuterungen der wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Regierungsentwurf 2023
- Beträge in Mio. € -

Ausgaben

| (Veränderung von mehr als 50 Mio. €) | | Veränderung | |
|--------------------------------------|---|---------------|---------------------------------|
| Titel | Zweckbestimmung | Ausgaben | Verpflichtungs- ermächtigung |
| Epl. 01 | | | |
| | Sonstiges Epl. 01 | +0 | +0 |
| | Summe | +0 | +0 |
| Epl. 02 | | | |
| | Sonstiges Epl. 02 | +33 | +0 |
| | Summe | +33 | +0 |
| Epl. 03 | | | |
| | Sonstiges Epl. 03 | +0 | +0 |
| | Summe | +0 | +0 |
| Epl. 04 | | | |
| 04 52 68418 | Kulturpass | +100 | |
| 04 52 89424 | Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen bei Einrichtungen im Inland | +41 | +510 |
| | Sonstiges Epl. 04 | +86 | +87 |
| | Summe | +227 | +597 |
| Epl. 05 | | | |
| 05 01 68710 | Beitrag an die Vereinten Nationen | +92 | |
| 05 01 68732 | Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland | +708 | |
| 05 01 68734 | Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung | +80 | |
| | Sonstiges Epl. 05 | +198 | +53 |
| | Summe | +1.078 | +53 |
| Epl. 06 | | | |
| 06 02 53206 | Registermodernisierung | -83 | -28 |
| 06 02 53281 | Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik | +83 | +28 |
| 06 03 68412 | Durchführung von Integrationskursen nach der Integrationskursverordnung | +153 | |
| 06 03 68461 | Resettlement und Leistungen im Rahmen der humanitären Aufnahme | +76 | |
| | Sonstiges Epl. 06 | +102 | +79 |
| | Summe | +330 | +79 |

| (Veränderung von mehr als 50 Mio. €) | | Veränderung | |
|--------------------------------------|---|---------------|---------------------------------|
| Titel | Zweckbestimmung | Ausgaben | Verpflichtungs- ermächtigung |
| Epl. 07 | | | |
| 07 10 53203 | Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte | +50 | +150 |
| | Sonstiges Epl. 07 | +3 | +29 |
| | Summe | +53 | +179 |
| Epl. 08 | | | |
| 08 13 51802 | Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement | | +1.383 |
| 08 13 53201 | Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik | +11 | +220 |
| 08 13 81202 | Erwerb von Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Software im Bereich Informationstechnik | +21 | +58 |
| | Sonstiges Epl. 08 | +128 | +19 |
| | Summe | +161 | +1.681 |
| Epl. 09 | | | |
| 09 01 89201 | IPCEI Health | +10 | +175 |
| 09 01 68626 | Souveräne Dateninfrastruktur und Künstliche Intelligenz | +14 | +83 |
| 09 01 89221 | Mikroelektronik für die Digitalisierung | +429 | +1.048 |
| 09 01 89223 | IPCEI Cloud und Datenverarbeitung | | +459 |
| 09 01 68332 | Nationales Programm für Weltraum und Innovation - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben | +31 | +60 |
| 09 02 88205 | Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) - Sonderprogramm | +13 | +85 |
| 09 03 51801 | Mieten und Pachten | +121 | +896 |
| 09 03 89301 | Maßnahmen zur Sicherung der Pipelinerohölversorgung der für die Versorgung von Nordostdeutschland mit Mineralölprodukten und Kraftstoffen essenziellen Erdö Raffinerie PCK Schwedt | +140 | +211 |
| 09 03 89302 | Finanzierungen für Investitionen sowie Ausgaben für den Betrieb von Schwimmenden Speicher- und Regasifizierungseinheiten (Floating Storage and Regasification Units, FSRU) | +738 | +2.305 |
| 09 03 89641 | Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland | +25 | +100 |
| 09 04 89602 | Wasserstoffstrategie Außenwirtschaft - Internationale Kooperation Wasserstoff | | -68 |
| 09 10 68313 | Produktion und Entwicklung von Hilfsstoffen für mRNA-Therapeutika | -35 | +61 |
| | Sonstiges Epl. 09 | +32 | +37 |
| | Summe | +1.517 | +5.451 |